

Anlage TOP 9

Anfrage SPD Fraktion

Derzeit sind alle Planstellen im Gesundheitsamt besetzt. Zur Frage Aufschlüsselung und Fachqualifikationen wird ein Teilauszug des Organisationsplanes dem Protokoll beigelegt.

Zum Thema Stellenausschreibungen erfolgen Ausführungen unter Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Zurzeit haben wir eine 1 Planstelle Amtsarzt, 1,5 Planstellen Kinderärztinnen und eine Planstelle Psychiater besetzt.

Probleme bei der Besetzung von Stellen gibt es aktuell nicht.

Die Kontaktverfolgung ist derzeit noch leistbar. Die Ergebnisse können auch rechtzeitig mitgeteilt und die Bescheide zeitgerecht zugestellt werden.

Allerdings mussten dafür zwischenzeitlich auch schon Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Organisationseinheiten (10 und zuletzt 20 – Lemwerder) eingesetzt werden.

Zur Stabilisierung der Personalstrukturen sind in der Zwischenzeit folgende Maßnahmen veranlasst worden:

- 4 zusätzliche Vollzeitkräfte (2 aus der Kreisverwaltung, einmal DRK und einmal Zeitarbeitsfirma)
- Besetzung von insgesamt 9 Stellen für Containment Scouts. Davon 6 Teilzeitkräfte und 6 Vollzeitkräfte. 7 Kräfte werden durch den Landkreis eingestellt und 2 über das Bundesverwaltungsamt.

Das Gesundheitsamt nimmt Abstriche und betreibt mit Unterstützung des DRK ein Testzentrum.

Die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern ist weitestgehend in Ordnung.

Antigen Schnelltests liegen dem Gesundheitsamt nicht vor (werden auch nicht benötigt). Das GA wird einbezogen bei der Beschaffung von Test durch Einrichtungen (relevant für die Kostenerstattung).

Die Zusammenarbeit mit allen unter den Buchstaben j und k benannten Einrichtungen ist gut.

Das Tagesgeschäft kann mit Einschränkungen umgesetzt werden (je nach Infektionslage). Durch die oben beschriebenen Personalmaßnahmen soll hier eine Stabilisierung erreicht werden.

Die derzeitige Orga - Struktur ist derzeit noch angemessen (bei steigender fester Beschäftigtenzahl zu überprüfen).

Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst – Bundesmittel 4 Milliarden bis 2026

Personalaufbau

Bis Ende 2021 1.500 neue, unbefristete Vollzeitstellen (Ärzte, Fachpersonal, Verwaltung) in den Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

In einem weiteren Schritt bis Ende 2022 mindestens weitere 3.500 Vollzeitstellen.

Konkrete Konzepte müssen von den Ländern bis spätestens zum 31.12.2021 vorgelegt werden.

Grundsätzlich 90 % der Stellen für die untere Ebene

Für den Landkreis Wesermarsch insgesamt rd. 4 – 4,5 Stellen zu erwarten – bis Ende 2021 1 – 1,5 Stellen.

Personalkonzept des Landes muss abgewartet werden. ***Im Stellenplan 2021 sind entsprechende Planstellen hinterlegt, so dass jederzeit reagiert werden kann.***

Digitalisierung

Digitalisierung des ÖGD ausbauen und harmonisieren.

Gemeinsame Kommunikationsplattform soll bis Ende 2022 allen Gesundheitsbehörden zur Verfügung stehen (Basis DEMIS/ SORMAS).

Sicherstellung der Interoperabilität über alle Ebenen mit den für das Melde- und Berichtswesen erforderlichen Schnittstellen und Systemen mit entsprechenden einheitlichen Standards. Dazu sollen zentrale Plattformen des Bundes geschaffen werden.

Die Länder sorgen dafür, dass der ÖGD digital zukunftsfähig wird und die gemeinsam festgelegten Standards erfüllt werden.

Diese Mindeststandards in den fünf Kategorien

- IT-Infrastruktur
- Hardware
- Software
- Informationssicherheit
- Prozessunterstützung

werden im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Bundesministeriums für Gesundheit bis zum Frühjahr 2021 erarbeitet und fortlaufend weiterentwickelt (Digitales Gesundheitsamt 2025).

Zur Umsetzung wird die Finanzierung sichergestellt für die notwendigen zentralen Systeme (u.a. Clouddienste, Dashboards) und Tools (Informations- und Kommunikationsanwendungen).

Es handelt sich nur um einen Auszug aus den Unterlagen zum Pakt für den ÖGD

Seitens des Kreises sind die technischen Grundstrukturen sicherzustellen (u.a. Verkabelung) und natürlich die notwendigen Endgeräte vorzuhalten.

Die räumliche Situation ist durch die aktuelle besondere personelle Struktur relativ unübersichtlich. Im nächsten Jahr wird man auf Basis einer abschließenden zukunftsorientierten Personalplanung die räumlichen Strukturen abschließend bewerten müssen um dann die wirtschaftlichste Lösung umzusetzen. ***Unstrittig ist allerdings, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Raumsituation erforderlich sind.***

Impfstrategie

Aktuell wird von 60 Impfzentren ausgegangen (Je Landkreis grundsätzlich ein Zentrum). Die Organisation vor Ort (große Sporthalle o.ä.) muss wohl durch die Kreisverwaltung umgesetzt werden.

Aktuelle Aussage des Landes – Impfungen wegen der aktuellen Belastungen **nicht** durch die Gesundheitsämter.

Grundsätzlich sind die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gesundheitsamt aber dazu in der Lage; die angebotenen Fortbildungen werden wahrgenommen und ein Austausch mit anderen Gesundheitsämtern erfolgt über Videokonferenzen.

Ausreichendes Schutzmaterial ist vorhanden, bei Bedarf auch Schutzanzüge.

Bei einem positiven Befund im Gesundheitsamt erfolgt sofort der Übergang in den Schichtbetrieb.

Im Rahmen der Aufgabenstruktur ist Telearbeit im Gesundheitsamt nur eingeschränkt möglich.

Grippeimpfungen sind freiwillig, auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes.

Der Stab SAE (außergewöhnliche Ereignisse) unter Leitung von Herrn Wenholt ist schon seit März je nach Bedarfslage aktiv. Zu Beginn der Pandemie fanden die Treffen zweimal die Woche statt. Hauptaufgabe war u.a. Beschaffung von Material, die Einrichtung eines Notkrankenhauses usw.

Seit Sommer gab es keine konkreten Einsatzfelder mehr und daher wurden die regelmäßigen Treffen reduziert. ***Im Zusammenhang mit den Impfzentren (s.o.) wird der Stab wieder tätig werden.***

Kommunikation

Annähernd täglicher Austausch des zuständigen Dezernenten mit dem Leiter des Gesundheitsamtes. Weiterhin jederzeitige Erreichbarkeit des Dezernenten für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Gesundheitsamtes.

Daneben auch ein regelmäßiger Austausch mit dem Landrat und Herrn Wenholt.

Zukunftsstrategie –Das Gesundheitsamt ist insbesondere ordnungsrechtlich geprägt. Zur digitalen Entwicklung wurden bereits oben Ausführungen gemacht.

Regionales Versorgungszentrum

Am 30.09.2020 wurde der Förderantrag termingerecht abgegeben. Grundlage, eine Konzeption MVZ mit fünfjähriger Finanzplanung erstellt durch ein Fachbüro).

Aktuell wird noch über die mögliche Förderquote (sonst 95 %) bei den zu erwartenden Defiziten in den Jahren 2022 und 2023 diskutiert. Außerdem sind noch nicht alle relevanten Themen abschließend geklärt (insbesondere Gebäude) für eine notwendige Anpassung des Antrages.

Die fehlenden „Bausteine“ sollten bis zum Finanzausschuss vorliegen, so dass dann eine abschließende finanzielle Festlegung erfolgen kann.